

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

15.7.1932 (No. 163)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expeditions
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Bernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. M e u b,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 8 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühren: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen 10% Rabatt, bei als Kassenzahlung gilt und bevorzugen werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagen über die Zeitung, die nicht durch die Zeitung selbst, sondern durch den Verleger, der für die Zeitung keine Haftung übernimmt, unterliegt der Verleger der Klage des Verlegers. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unbelegte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Staatsanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Monatsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Das Protokoll über das „Vertrauensabkommen“

Das französische Außenministerium veröffentlicht folgenden Text des „gentlemen agreement“, das zwischen den Gläubigern Deutschlands zur Regelung der Ratifizierungsbedingungen des Kaufmänners Abkommens abgeschlossen worden ist:

Protokoll

Die Abkommen von Lausanne werden endgültig erst nach der in den Abkommen vorgesehenen Ratifizierung in Kraft treten. Was die Gläubigerregierungen anbetrifft, in deren Namen dieses Abkommen paraphiert wird, so wird die Ratifizierung nicht vorgenommen werden, bevor nicht eine befriedigende Regelung zwischen ihnen und ihren eigenen Gläubigern erzielt sein wird. Den Gläubigerregierungen steht es vollkommen frei, ihre Stellungnahme gegenüber ihren Parlamenten darzustellen. Aber es wird keine präzise Bezugnahme auf diese Regelung im Text des Abkommens mit Deutschland ergehen. Wenn in der Folge eine zufriedenstellende Regelung der Schulden der Gläubigermächte Deutschlands erzielt wird, werden die Regierungen dieser Länder die Ratifizierung vornehmen und das Abkommen mit Deutschland wird seine vollen Auswirkungen nehmen.

Falls die in Frage kommende Regelung nicht erzielt werden könnte, wird das Abkommen mit Deutschland nicht ratifiziert werden. Dadurch würde eine neue Lage geschaffen werden, und die interessierten Regierungen hätten sich über das, was sie dann tun müßten, zu verständigen. Bei dieser Gelegenheit würde die legale Stellung aller interessierten Regierungen aber die gleiche bleiben wie vor dem Hoover-Moratorium. Von diesem Abkommen wird die deutsche Regierung in Kenntnis gesetzt.

Lausanne, Juli 1932.
Es folgen die Unterschriften im Namen Belgiens, Großbritannien, Frankreichs und Italiens.

In London hat es großes Aufsehen erregt, daß in Paris bereits Donnerstag vormittag der gesamte Wortlaut des „Vertrauensabkommens“ zwischen Großbritannien, Frankreich, Italien und Belgien über die Kriegsschulden veröffentlicht worden ist. — Zu der auf der Lausanner Konferenz erzielten Regelung wurden nachmittags weitere Dokumente veröffentlicht, und zwar: 1. das Protokoll über die Vereinbarung vom 2. Juli, 2. die Begleitnote, die an Reichszankler von Papen mit diesem Protokoll gesandt worden ist, 3. das Antwortschreiben von Papen, 4. eine Erklärung aus der 4. Plenarsitzung der Lausanner Konferenz vom 8. Juli, auf die in der Antwort von Papen Bezug genommen worden ist, 5. Schreiben des Schatzkanzlers an die Finanzminister, 6. die Erklärung des Staatssekretärs Simon auf der Schlussplenarsitzung der Lausanner Konferenz vom 9. Juli, und 7. die Erklärung der britischen Regierung an die französische Regierung, daß die künftige europäische Zusammenarbeit zum Gegenstand hat.

Der Standpunkt der Reichsregierung

Zu dem veröffentlichten gentlemen agreement ist durch den Brief, dessen Wortlaut jetzt der Öffentlichkeit übergeben wird, festgestellt, daß die deutsche Delegation dem Agreement erst nach der Unterzeichnung des Kaufmänners Vertrages in Kenntnis gesetzt worden ist, und daß für Deutschland nichts weiter gilt, als die Erklärung des Präsidenten der Lausanner Konferenz, daß im Falle der Nichtratifizierung eine neue Konferenz stattfinden müsse. Aus dem Brief ergibt sich auch, daß die öffentliche Feststellung Macdonalds sogar auf einer Absprache beruht, die vorher zwischen den Hauptmächten getroffen worden ist.

Was im übrigen den Inhalt des gentlemen agreements anlangt, so ist der deutsche Standpunkt hierzu bereits am Montagabend nach Bekanntwerden der ersten Meldungen über das gentlemen agreement in einer W.D.W.-Auslassung eindeutig gekennzeichnet worden. Es wurde darin daran erinnert, daß Deutschland es „von vornherein und während der ganzen Dauer der Konferenz aufs entschiedenste abgelehnt habe, irgendeine Fiktion zwischen dem Pakt von Lausanne und den interalliierten Schulden gegenüber Amerika herzustellen oder sich in eine Frontbildung in irgendeiner Art gegen die Vereinigten Staaten hineinziehen zu lassen“. An diesem Standpunkt der Reichsregierung hat sich nichts geändert.

Die Reichsregierung überrascht

Die Nachricht, daß die französischen und englischen Minister in Lausanne ohne Kenntnis oder gar Mitwirken ihrer deutschen Verhandlungs- und Vertragsgegner nicht nur jenes überraschende „gentlemen's agreement“, sondern darüber hinaus noch ein politisches „Vertrauensabkommen“ geschlossen haben, wird, so meidet die „Frankfurter Zeitung“ aus Berlin, allemal als peinlich und ungewöhnlich empfunden. Man möge sich doch einmal in Paris und besonders in London, wo man sich auf „fair play“ und ähnliche nationale Tugenden soviel zugut tut, ausmalen, was in den englischen und französischen Zeitungen zu lesen wäre, wenn ein deutscher Minister ähnlich gehandelt hätte! Im ganzen kann man wohl sagen, daß die kritischen Stimmen in der Berliner Presse noch verhältnismäßig mild ausgefallen sind. Aber das peinliche Entkommen und die Schritte reichen vom „Vorwärts“ bis zur „Deutschen Zeitung“. Wir dürfen hinzufügen, daß die Reichsregierung ebenso überrascht wurde wie die öffentliche Meinung Deutschlands. Man kann in London und Paris das deutsche Bedürfnis, sich zu verständigen und den Kaufmänners Vertrag sich möglichst nützlich auswirken lassen, deutlich an der Zurückhaltung erkennen, mit der man in Berlin bestrebt ist, gute Miene zu einem feineswegs einwandfreien Spiel zu machen.

Letzte Nachrichten

Botschafter von Goesch bei Serriot

W.D.W. Paris, 15. Juli. (Tel.) Der deutsche Botschafter v. Goesch ist heute vormittag in einständiger Audienz vom Ministerpräsidenten Serriot empfangen worden.

Rundgebung der Fuldaer Bischofskonferenz

W.D.W. Berlin, 14. Juli. (Priv.-Tel.) Der Bischof von Berlin, Dr. Schreiber, gibt eine von den in der Fuldaer Bischofskonferenz vereinigten Bischöfen der Diözesen Preußens erlassene Rundgebung zu der bevorstehenden Reichstagswahl bekannt, in der es u. a. heißt:

Die bevorstehenden Wahlen der Abgeordneten zum Deutschen Reichstag sind nicht nur in politischer Hinsicht, sondern auch wegen des Einflusses der gesetzgebenden und Regierungsgewalten auf Förderung und Schutz der religiösen Interessen und Stellung der Kirche im öffentlichen Leben von großer Bedeutung. Es liegt allen Katholiken die vaterländische Pflicht ob, von ihrem Wahlrecht so Gebrauch zu machen, wie es der Verantwortung des katholischen Staatsbürgers und den religiösen kirchlichen Interessen entspricht.

Der Streit um die Einberufung des Ueberwachungsausschusses

W.D.W. München, 15. Juli. (Tel.) Der Vorsitzende des Ueberwachungsausschusses des Reichstags, der Nationalsozialist Gregor Straßer, erklärte in einem Schreiben an Reichstagspräsident Loh, er sei der einzige zur Einberufung des Ausschusses Berechtigte.

Beschränkungen im schweizerischen Außenhandel

W.D.W. Bern, 15. Juli. (Tel.) Der Import einer Reihe von Konsumartikeln, wie Zucker, Kohle, Petroleum, Benzin, Maschinenöle, Matz und Getreide, wird ab heute infolgedessen beschränkt, als dem Handel das Recht des freien Einkaufs genommen wird. Diese Artikel dürfen in Zukunft nur in Ländern eingeführt werden, die sich bereit erklären, als Gegenleistung nach Möglichkeit schweizerische Waren zu beziehen.

Die irische Treuefrage. Das Parlament des irischen Freistaats hat mit 71 gegen 61 Stimmen die Abänderung verworfen, die der Senat zu dem Gesetzentwurf über die Aufhebung des Treueides angenommen hatte. Der Gesetzentwurf bleibt infolgedessen 18 Monate lang in Kraft, falls nicht in der Zwischenzeit Neuwahlen stattfinden.

Deutschland zum Beitritt aufgefordert

Das englisch-französische Vertrauensabkommen ist dem deutschen Geschäftsträger in London übermittelt worden, zusammen mit der Aufforderung an Deutschland, dem Abkommen beizutreten.

Italien stimmt zu

Der italienische Geschäftsträger in London ist beauftragt worden, dem Foreign Office mitzuteilen, daß die italienische Regierung sich der britischen Initiative zugunsten eines europäischen Konfultativpactes sehr gern anschließen wird.

... auch Belgien

Die belgische Regierung hat beschlossen, dem französisch-englischen „Vertrauensabkommen“ beizutreten.

England möchte etwas abschwächen

Zu dem englisch-französischen „Vertrauensabkommen“ veröffentlicht Downingstreet folgende Erklärung: „Im Zusammenhang mit den Berichten, die über die Auslegung der französisch-englischen Erklärung, zu deren Beitritt andere Regierungen eingeladen worden sind, in Umlauf gesetzt wurden, wird betont, die Behauptung, diese Erklärung sei auch auf die britischen Schulden an die Vereinigten Staaten anwendbar, jeder Begründung entbehren. Die Verwendung des Ausdrucks „europäisches Regime“ in der Erklärung schließt ausdrücklich jede Frage aus, die nichteuropäische Länder berührt. Der Premierminister hat die Lage autoritativ in seiner Unterhausrede am Dienstagmittag dargelegt, als er erklärte: „Angesichts der schrecklichen Folgen, die sich aus der Auffassung herleiten könnten, in Lausanne habe sich Europa zusammengesetzt, um eine Art Ultimatum an die Vereinigten Staaten zu richten, will ich sagen, daß alles, was Lausanne getan hat, dazu diente, die inneren Schwierigkeiten in Europa einzurenken und Vorschlägen zugunsten, die die dort vertretenen Nationen für möglich halten.“

Ruhige Beurteilung in Amerika

Eine W.D.W.-Meldung aus Washington besagt: Das Staatsdepartement sieht das Abkommen zwischen England und Frankreich, gegen das die Hearst-Zeitungen von allen Hauptstädten aus als eine neue Entente cordiale scharf agitieren und das sie als Versuch verurteilen, Amerika zur Streichung der Kriegsschulden zu zwingen, bei weitem nicht als ein finsternes Komplott an. Im Gegenteil, die Verständigung zwischen Frankreich und England helfe auch Amerika, indem sie wahrscheinlich Frankreichs Wunsch nach Sicherheit größtenteils befriedige und zu Zugeständnissen in der Rüstungsfrage geneigter machen.

Die Steuerbelastung in Deutschland, Frankreich und Großbritannien

Das deutsche Volk ist nicht nur vollständig verarmt und von einer ungeheuren Arbeitslosigkeit heimgejagt, sondern es ist auch mit Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben in einem Ausmaß belastet wie kein anderes Volk Europas. Wie einer vom Statistischen Reichsamt unlängst veröffentlichten vergleichenden Darstellung der Steuerbelastung in Deutschland, Frankreich und Großbritannien (Sonderbeilage zu „Wirtschaft und Statistik“, 12. Jahrg. 1932, Nr. 12) zu entnehmen ist, ist die Beanspruchung der Lohn- und Gehaltsempfänger durch Einkommen- und Ertragsteuern, durch Beiträge zur Sozialversicherung und durch Steuern vom Verbrauch und Aufwand in Deutschland eine viel höhere als in den beiden anderen Ländern.

Die Belastung durch Einkommen- und Ertragsteuern wird zunächst bestimmt durch die Höhe der Steuerfreigrenzen und der Sozialabzüge. Bei einem verheirateten Einkommensempfänger mit 2 Kindern beträgt die Freigrenze in Deutschland 1200 RM., in Frankreich 4257 und in Großbritannien 5750 RM. Die Steuerfreigrenzen sind also in Großbritannien und Frankreich mehr als dreimal so hoch als in Deutschland und haben zur Folge, daß der britische und französische Lohnarbeiter, insbesondere der durch Familienstands- und sonstige Sozialabzüge steuerlich begünstigte verheiratete Lohnarbeiter in der Regel der Besteuerung nicht unterliegt.

Die kleineren und mittleren Einkommen bis zu 5000 RM. Reineinkommen, d. h. die Einkommen der Mehrzahl der Arbeitnehmer, werden in Großbritannien und Frankreich entweder überhaupt nicht oder in nicht nennenswerter Maße zur Besteuerung herangezogen. Im Deutschen Reich setzt die Besteuerung — unter Berücksichtigung der Bürgersteuer — dagegen am frühesten und am schwersten ein. Aber auch bei den größeren Einkommen steht sie bei weitem an der Spitze und ist auch unverhältnismäßig höher als die der anderen Staaten. Die britischen Steuerfälle sind für die kleinen und mittleren Einkommen etwas, für die größeren erheblich höher als die entsprechenden französischen.

Neben den Steuern vom Lohn und Gehalt beanspruchen die Zwangsbeiträge zur Sozialversicherung einen erheblichen Teil des Arbeitsertrages. Diese Beanspruchung wiegt um so schwerer, als sie nur kleine und mittlere Einkommen betrifft. Die deutschen Beiträge der Angestellten und Arbeiter von ihrem Reineinkommen sind um das Doppelte und Dreifache höher als die britischen und französischen.

Um das Bild der Belastung des Arbeitnehmers zu vervollständigen, sind neben den Steuern vom Lohn und Gehalt und den Sozialversicherungsbeiträgen auch die wichtigsten Steuern auf den Verbrauch und Aufwand, d. h. die Lebensmittel-, Getränke-, Genussmittelsteuern und die entsprechenden Finanzzölle sowie die Vermögenssteuern in den Vergleich mit einbezogen worden. Da der größte Teil der Verbrauchsbesteuerung das Bestreben hat, sich als Kopfsteuer auszuwirken, wird in der Regel ein Einkommen um so härter getroffen, je niedriger, und um so weniger hart, je höher es ist. Die Verbrauchsbesteuerung der kleinen und mittleren Einkommen ist in Frankreich und Großbritannien mit ihren hohen Steuerfreigrenzen bei den Lohn- und Gehaltssteuern beträchtlich höher als im Deutschen Reich mit seinen niedrigen Steuerfreigrenzen. Mit steigenden Einkommensbeträgen werden jedoch die Unterschiede der Belastung des Arbeitsertrages immer geringer, so daß schon bei mittleren Einkommen die deutsche Verbrauchsbesteuerung der britischen und französischen beträchtlich angenähert ist.

In welcher Weise sich Einkommens- und Ertragsbesteuerung, Verbrauchs- und Aufwandsbesteuerung und die Beiträge zur Sozialversicherung zur Belastung des Arbeitnehmers durch diese Steuern und Beiträge zusammenfügen, ist der nachstehenden Übersicht zu entnehmen, welche die Belastung eines verheirateten Arbeitnehmers mit 2 Kindern in vom Hundert seines Einkommens wiedergibt.

Die Beanspruchung der Löhne und Gehälter in v. H. des Einkommens			Verheirateter Arbeitnehmer mit 2 Kindern			
			Deutsches Reich		Frankreich	Großbritannien
Reineinkommen in			Arbeiter	Angestellte		
Rh.	= fr.	= £				
1 500	6 692	78	21,34	21,07	9,90	12,48
2 000	8 922	104	20,32	21,32	10,09	9,84
2 500	11 153	130	19,59	20,39	8,48	8,25
3 000	13 383	157	19,11	19,78	7,41	7,19
4 000	17 844	209	17,50	15,00	6,06	5,86
5 000	22 305	261	—	15,40	3,67	3,74
7 500	33 458	391	—	15,96	4,91	5,61
10 000	44 611	522	—	13,67	6,05	7,36

Bei den kleinen und mittleren und teilweise noch bei den höheren Einkommen beträgt demnach die deutsche Belastung das Doppelte und Dreifache der französischen und britischen, insbesondere unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die hochbelasteten ganz kleinen Einkommen in Großbritannien in der Praxis nur äußerst selten vorkommen werden. Aber auch bei den hohen Arbeits-einkommen über 10 000 RM. bleiben noch beträchtliche Unterschiede zuungunsten des deutschen Arbeitnehmers, obwohl hier infolge des progressiven Anstiegs der Steuer-sätze der Einkommensteuern, insbesondere der britischen, die Belastungsunterschiede nicht mehr so unverhältnis-mäßig groß sind. Die britischen und französischen Ge-samtbelastungssätze liegen nicht weit auseinander.

Bei industriellen und Handelsunternehmungen ist die steuerliche Beanspruchung in Deutschland um 20 bis 50 v. H. höher als in Frankreich. Da die gewerbliche und kaufmännische Produktion in Deutschland rund 65 v. H. der volkswirtschaftlichen Produktion überhaupt ausmacht, werden damit fast zwei Drittel des Volkseinkommens von der erheblich höheren Steuerbelastung betroffen. In Frankreich dürfte das Einkommen aus industrieller und kaufmännischer Produktion nur wenig über 50 v. H. des Volkseinkommens betragen, und es dürfte auch die fran-zösische Landwirtschaft keiner höheren Steuerbelastung als die französische Industrie unterliegen. Daß im übrigen auch die deutsche Landwirtschaft höhere Steuer-lasten als die französische zu tragen hat, ergibt sich dar-aus, daß die für die Landwirtschaft wichtigsten Steuern (die Einkommen- und Grundvermögensteuern in Deutsch-land und die Grundsteuer und die Steuer vom landwirt-schaftlichen Arbeitsertrag in Frankreich) in Deutschland nach Tarif und Bemessungsgrundlagen drückender aus-gefallen sind. Die gesamte Steuerlast je Hektar land-wirtschaftlich genutzter Fläche beträgt (1928) in Deutsch-land etwa 25 bis 30 RM., in Frankreich dagegen nur etwa 10 RM.

Gegenüber Großbritannien ist der Unterschied in der Steuerbelastung von Handel und Industrie noch größer als gegenüber Frankreich. Die Mehrbelastung Deutsch-lands schwankt zwischen 45 und 90 v. H. Da in Groß-britannien der Produktionsertrag von Handel und Indu-strie nicht viel weniger als 80 v. H. des gesamten Volkseinkommens umfaßt, ist für vier Fünftel der britischen Wirtschaft die Steuerbelastung Deutschlands ebenfalls erwiesen.

Das entscheidende Moment der vom Statistischen Reichsamt durchgeführten Untersuchung liegt darin, daß sie ohne Rücksicht auf die Höhe des Volkseinkommens geführt werden konnte. Vergleiche der durchschnittlichen steuerlichen Belastung des Volkseinkommens können aber zu keinen anderen Ergebnissen führen, wenn sie für alle Staaten nach der gleichen Methode aufgebaut und durch-geführt werden, wie dies seitens des Statistischen Reichs-amts geschehen ist. Wenn schon nach einer Statistik vom Jahre 1928 die steuerliche Inanspruchnahme des Volkseinkommens in Deutschland erheblich über der Frank-reichs und Großbritanniens liegt, so dürfte sich in den letzten Jahren das Verhältnis weiterhin in der Richtung einer höheren Beanspruchung in Deutschland und einer geringeren Inanspruchnahme in Frankreich entwickelt haben.

Vortrag Dr. Karl Rosenfeld-Ritter. Was dieser in seiner praktischen Theaterfähigkeit sonst unserem südwestlichen Blickfeld weit entrückte Dramaturg zum Thema „Hinter den Kulissen“ aus eigener Feder vorbrachte, sollte und wollte zwar keine tiefgreifende Erörterung des heute immer noch aktuellen Stoffes sein, ward aber trotzdem zu einer mehrfach tref-fenden und stellenweise auch nicht unamüsanten essayisti-schen Formulierung einiger dort stets tageswichtigen Fragen. Schon bei der ersten Skizze „Drehbühne“ zeigte sich überdies sofort, daß der Vorklesende einen sicheren Blick für die heim-lichen Läden des Theaterlebens hat und sie wipig zu formen weiß. Das erwies u. a. sowohl nach der Ausschnitt „Der Chef ist gutgelant!“ wie eine humoristische Novelle zu Beginn des zweiten Programmteiles. Aber auch eine so ernste Figur wie „Der gefallene Star“ offenbarte ihr wahres Gesicht und trug sich in sehr natürlichem Ton vor, während allerdings eine Parodie auf „Die Souffleuse“ — wohl das gelungenste Pro-dukt dieses Abends in der Hebelloge — danach die Sach-musteln um so stärker wieder in Bewegung setzte und bis zum Schluß-Streich „Rapa Quant's Telefonzelle“ in anregen-der Bewegung hielt. Mit Recht konnte daher Dr. Karl Rosen-feld-Ritter für lebhaften Beifall seiner ansehnlichen Zu-hörerschaft danken und diesen langjährlang auch an Gustav Lüttgers weiterleiten, der zwischen durch die Pauzen am Flügel mit eigenen Kompositionen ausgefüllt hatte. S. Sch.

Reichspräsident v. Hindenburg hat dem Dichter Ludwig Fulda anlässlich seines 70. Geburtstages seine Glückwünsche übermittelt und ihm die Goethe-Medaille für Wissenschaft und Kunst verliehen.

Musikdirektor Max Wiedemann, der Leiter der Berliner Lie-dertafel und Bundeschormeister des Berliner Sängerbundes, erlag in Reetz bei Potsdam einem Herzschlag.

Für die Beurteilung des Steuerdrucks spielt aber noch die Frage eine Rolle, wie hoch sich der Lebensstandard in den einzelnen Staaten im Durchschnitt (gerechnet auf eine Vollperson) stellt, wenn man das für den Verbrauch zur Verfügung stehende Einkommen, das nach Abzug der Steuern und Sozialbeiträge von dem Volkseinkommen übrig bleibt, betrachtet. Diese Betrachtung zeigt gleich-falls, daß das deutsche Volk mehr als die anderen Völ-ker in seinem Lebensstandard durch Steuern und soziale Abgaben beeinträchtigt wird. Für den Verbrauch ver-bleibt in Frankreich ein Resteinkommen, das etwa 20 v. H. höher liegt als in Deutschland, und in Großbritan-nien ein solches, das das deutsche um mehr als die Hälfte übersteigt. Auf weitere beim internationalen Steuer-belastungsvergleich zu beachtende Momente (Einkommens- und Vermögensschichtung, Verteilung des Ein-kommens auf die einzelnen Einkommensquellen, Steuer-verwendung) die für Deutschland so gelagert sind, daß sie den Steuerdruck verschärfen, für das Ausland so, daß sie ihn abschwächen, soll hier nicht eingegangen wer-den, da die höhere Belastung Deutschlands schon aus den bisherigen Ausführungen deutlich hervorgeht.

Chrlr.

„Frankreich und Deutschland gemeinsame Vorkämpfer für eine neue Politik“

Bei dem Empfang, den der französische Botschafter in Berlin, François Boncet, anlässlich des französischen National-feiertages am Donnerstag veranstaltete, hielt er eine Rede, in der er u. a. ausführte, die Teilung der Erde könne nicht durch Ungehör, Unordnung oder Gewalt erwartet werden, sondern vielmehr durch eine verstärkte Anstrengung zur Ko-ordinierung und zur vernünftigen Organisation. In Europa müßten Frankreich und Deutschland die gemeinsamen Vor-kämpfer dieser neuen Politik sein. Es sei zu hoffen, daß die Lausanner Konferenz dieser Tendenz neuen Auftrieb verleibe. Frankreich habe in Lausanne Opfer gebracht, und zwar in dem Gefühl, eine europäische Pflicht zu erfüllen, und um zur Entspannung und zur Vorbereitung einer besseren Zukunft beizutragen. Wenn die Stunde einer fruchtbareren Zusammen-arbeit und einer unerlässlichen Verständigung schlage werde, dann werde sich Frankreich vor allem darüber von ganzem Herzen freuen.

Eine deutliche Sprache Hoovers

Nach einer Meldung aus Washington richtete Präsident Hoover einen Brief an Senator Borah, in dem es heißt: Unser Volk ist befriedigt von der Regelung des strittigen europäischen Problems und anderer wirtschaftlicher Fragen, die die Erholung Europas behinderten. Eine solche Aktion bedeutet einen wirk-lichen Fortschritt in der Reparationsfrage und wird erheblich zur Stabilisierung der Wirtschaft beitragen. Ich möchte es aber durchaus klar machen, daß die Vereinigten Staaten vor der neu-lich in Lausanne abgeschlossenen Vereinbarung nicht um Rat befragt worden sind, und daß sie an allen solchen Verein-barungen in keiner Weise teilhaben und durch sie auch in keiner Weise verpflichtet worden sind. Ich nehme nicht an, daß es die Absicht irgend einer dieser Vereinbarungen ist, ein ge-meinsames Vorgehen unserer Schuldner zu betreiben, wenn es aber so ausgelegt werden sollte, so werde ich es nicht zulassen, daß das amerikanische Volk zu einem Schritt in irgend-einer Richtung gezwungen wird, oder daß unsere Politik in irgendeiner Weise von einer Sache offener oder verdeckter Kombinationen beeinflusst wird.

Dänemark gegen die norwegische Okkupation Ostgrönlands

W.B. Kopenhagen, 14. Juli. (Tel.) Der Minister des Äußern hat dem norwegischen Gesandten Huitfeld eine Note überreicht, in der die von der norwegischen Regierung vorge-nommene Okkupation an der südöstlichen Küste Grönlands als unberechtigter Schritt und als ein Bruch des geltenden Rechtszustandes bezeichnet, und mitgeteilt wird, daß die dänische Regierung beabsichtige, bei dem Internationalen Gerichts-hof in Haag über den von norwegischer Seite vorgenommenen Rechtsbruch Klage zu führen und zu verlangen, daß er für rechtswidrig und ungültig erklärt wird. Der König hat die Einreichung dieser Klage sanktioniert.

Um die Unabhängigkeit der Mandchurie

W.B. London, 15. Juli. (Tel.) „Times“ melden aus Tokio: Die Völkerbundskommission hatte gestern eine abschlie-ßende Besprechung mit dem japanischen Außenminister Graf Ishida. Sie wird jetzt unverzüglich nach China zurückkehren, da sie zur Abfassung ihres Berichts die Vorkaufsarchive in Peking benötigt. Eine amtliche Mitteilung ist zwar nicht her-ausgegeben, es verlautet aber, daß der japanische Außen-mi-nister der Kommission klargemacht hat, daß die japanische Poli-tik sich auf die endgültige Lösung der Mandchurie von China und ihre Unabhängigkeit festgelegt hat und diese Poli-tik nicht aufgeben wird, was auch immer die Kommission dem Völkerbund vorschlagen mag.

Kleine Chronik

Das Schöffengericht Nürnberg verurteilte zwei Kommu-nisten, die an einem Überfall auf Nationalsozialisten am 11. Juli beteiligt waren, zu fünf und drei Jahren Zuchthaus.

Im Hamburger Zuerstverurteilungssprozess wurde der angeklagte Kaufmann Stiefel zu sechs Jahren und sechs Mo-naten Gefängnis, 14,3 Millionen Reichsmark Geldstrafe und 17,9 Millionen Reichsmark Wertersatz verurteilt.

Im Prozess Horn und Genossen, bei dem es sich um einen Feuerüberfall von Mitgliedern der kommunistischen Orts-gruppe in Friedrichsfelde auf heimkehrende Nationalsozia-listen im November v. J. handelte, wurden fünf Angeklagte zu 1½ bis 3 Jahren Zuchthaus, ein Angeklagter zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Eine 20jährige Bäckerstochter, die ihren Heimatort Schmöndreu niedergebrannt hatte, wurde zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt.

Die amerikanischen Ozeanflieger Bennett Griffin und Jimmy Kaitern, deren Weltflug bei Rinsk durch eine Not-landung jäh unterbrochen wurde, sind auf dem Tempelhofer Flugplatz mit dem fahrplanmäßigen Flugzeug der Deraluft gelandet.

Der Inhalt der bevorstehenden Kabinettsberatungen

Der Reichszentralrat wird am Samstag von Neudeck wieder in Berlin sein und die Kabinettsberatungen werden sofort auf-genommen werden. Der Reichsinnenminister ist schon am Frei-tagvormittag in Berlin eingetroffen. Eine der Hauptfragen ist, ob sich nicht nach den Reichstagswahlen, also auch dem Wieder-zusammentritt des Preuß. Landtags, die Notwendigkeit zeigt, die Bildung einer starken parlamentarischen Regierung mit größerem Ernst zu betreiben als bisher. Vorläufig läßt sich aber die Situation, die sich nach dem 31. Juli ergibt, noch garnicht übersehen. Es ist deshalb nach Auffassung maßgebender Kreise auch müßig, jetzt schon Erwägungen hierüber anzustellen.

Näher liegen jetzt die weiteren Maßnahmen, die das Reichs-kabinet im Zuge seines wirtschaftlichen Aufbauprogramms plant. Die Verordnung über den Arbeitsdienst wird nur ganz kurz sein. Der Reichsarbeitsminister hat in den letzten Tagen Besprechungen mit den Vertretern der Wirtschaft und der Ar-beitnehmer gehabt, die ihm ebenfalls ihre Unterstützung zuge-sagt haben dürften. Von unterrichteter Seite wird besonders unterstrichen, daß der Minister den größten Wert darauf legt, die Organisation so aufzubauen, daß die Interessen der Wirt-schaft nicht beeinträchtigt werden.

Die weiteren Beratungen des Kabinetts gelten dann den Plänen, die das Reichsministerium des Innern in Zusammen-arbeit mit anderen Ressorts über die geistige und sportliche Be-schäftigung der Jugendlichen ausgearbeitet hat. Diese Pläne greifen ergänzend in den Arbeitsdienst über und gehen von der Erwägung aus, daß der Arbeitsdienst seine volle Auswir-kung erst haben kann, wenn man sich auch des geistigen und körperlichen Wohls der Jugend annimmt. Man denkt an Vor-träge und ähnliche Einrichtungen, die sie auch für spätere Le-bensaufgaben vorzubilden. Daneben stehen weiter die Fragen der zusätzlichen Arbeitsbeschaffung durch die Reichspost, die Reichsbahn und andere Zweige des Verkehrsministeriums zur Diskussion. Namentlich ist dabei auch an eine längere Planung in den kommenden Winter hinein gedacht. Schließlich ist auch der Ausbau der Seidung nicht zu vergessen. Alle diese Dinge sollen, wie bereits betont, noch Ende Juli vom Reichskabinet verabschiedet werden.

Der Reichskommissar für den Arbeitsdienst Baldige praktische Auswirkung

Es steht nunmehr fest, daß der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung, Dr. Ehrup, zum Reichskommissar für den Arbeitsdienst ernannt wird. Der Aufbau der Organisation gliedert sich weiter über die Präsidenten der Landesarbeits-ämter. Sobald anfangs der nächsten Woche auch die Aus-führungsbestimmungen des Reichsarbeitsministers erschienen sind, wird der neue Reichskommissar die Präsidenten der Lan-desarbeitsämter zusammenberufen, um mit ihnen die Ver-wirklichung des Arbeitsdienstes zu besprechen, damit noch in diesem Monat praktisch an sie herangegangen werden kann. Diese Art des verwaltungsmäßigen Aufbaues ist auch mit Rücksicht auf die notwendige Sparmaßnahme gewählt worden, da sowohl Präsident Ehrup als auch die Präsidenten der Lan-desarbeitsämter die neuen Funktionen vollkommen ehrenamt-lich ausüben werden.

In unterrichteten Kreisen schätzt man die Zahl der Leute, die auf Grund der vorhandenen Mittel für das laufende Jahr in den Arbeitsdienst eingestellt werden können, jetzt auf rund 120 000—130 000.

SPD. und NSDAP. unterstreichen ihre Forderungen

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat an den Reichspräsidenten ein Telegramm gerichtet, in dem scharfer Protest gegen die Politik der Reichsregierung erhoben wird, durch die „nicht zuletzt durch die Aufhebung des SA-Verbot-es und die Freigabe ihrer Uniformen bürgerkriegsähnliche Zu-stände in ganz Deutschland ausgelöst worden seien“. Das Telegramm schließt mit einer Mahnung in letzter Stunde zu grundsätzlicher Umkehr.

Der preussische Landtagspräsident Kerrl machte in einer nationalsozialistischen Wahlversammlung die Mitteilung, daß er ein Schreiben an den Reichszentralrat richten werde, in dem eine Änderung der Verhältnisse in Preußen gefordert wird. Die Nationalsozialisten verlangten, daß der Staat und, wenn dieser Staat nicht in der Lage sei, das Reich für geordnete Zustände Sorge, und daß die Ordnung in Deutschland wieder hergestellt werde, sei es durch Verdrängung des Belagerungszustandes.

Schüsse bei politischen Demonstrationen

W.B. Berlin, 15. Juli. (Priv.-Tel.) Zusammenstöße zwi-schen Anhängern extremer Richtungen forderten in der ver-gangenen Nacht wiederum mehrere Opfer. Bei einer Schie-ßerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten im No-rden Berlins wurde ein keiner Partei angehörender Wäcker durch einen Bauchschuß schwer verletzt. Zwei Polizeibeamte wurden durch Steinwürfe leicht verletzt. In Schöneberg wurde ein Schlosser von Nationalsozialisten niedergeschossen, er mußte in schwerverletztem Zustande ins Krankenhaus gebracht wer-den.

W.B. Hamburg, 15. Juli. (Tel.) Ein Streifenwagen der Polizei wurde in der vergangenen Nacht aus mehreren Hän-fern beschossen. Die Beamten erwiderten sofort das Feuer und nahmen eine Durchsuchung der in Frage kommenden Wohnungen vor. Die Bewohner waren geflüchtet.

W.B. Düsseldorf, 15. Juli. (Tel.) In Walsum wurde ge-estern abend ein Demonstrationsszug der Nationalsozialisten von politischen Gegnern beschossen. Mehrere Teilnehmer wurden verletzt.

Neue Zeitungsverbote

Der Polizeipräsident von Berlin hat den „Angriff“ bis zum 23. Juli einschließlic verboten. Anlaß zu diesem Verbot gaben Zeitungsnummern, die die Justiz, die Polizei im allgemeinen, die Berliner Polizei im besonderen, den Polizeipräsidenten von Berlin und den Polizeipräsidenten von Frankfurt a. M. beschimpft und böswillig verächtlich gemacht hätten. Ferner habe der „Angriff“ die katholische Kirche grüßlich beschimpft. Mit dem Verbot der „Vernburger Volkswacht“ hat das An-haltische Staatsministerium auch das Verbot der Kopfblätter der genannten Zeitung in Köthen und Jersitz verbunden. Da-mit darf jetzt in Anhalt keine einzige sozialdemokratische Zei-tung erscheinen.

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat das „Neue Magdeburger Tageblatt“ und die im gleichen Verlag ersche-nenden Kopfblätter auf die Dauer von 7 Tagen verboten.

Eine internationale Tarifkonferenz tagte vom 4. bis 6. Juli im Bahnhof Lindau zur Regelung der direkten Güterverkehrs-Belgien—Frankreich—Luxemburg—Tschechoslowakei. Die Ver-handlungen sind mit voller Übereinstimmung aller an diesen Verkehren beteiligten Verwaltungen — vertreten waren etwa 15 Eisenbahnverwaltungen — zu Ende geführt worden.

Die steigenden Wohlfahrtslasten

Schon jetzt beschäftigt man sich in den verschiedenen kommunalen Kreisen mit einiger Besorgnis mit der weiteren Entwicklung der Wohlfahrtslasten, obwohl die Notverordnung vom 15. Juni, die jetzt noch nicht einmal vier Wochen alt ist, hier den Gemeinden die schlimmsten Sorgen abnehmen soll. In der Notverordnung ist vorgesehen, daß man bei den Wohlfahrts-erwerblosen der Kommunen mit einem Durchschnitt von 2,15 Millionen unterstützten Parteien rechnet und auf dieser Zahl ist auch die Hilfe des Reiches von 672 Millionen Reichsmark zunächst aufgebaut worden. Nun ist aber schon jetzt die Zahl der Wohlfahrts-erwerblosen höher als dieser Durchschnitt, und zwar beträgt sie zur Zeit 2,25 Millionen. Die Differenz beträgt also gegenüber dem angelegten Durchschnitt 100 000 unterstützte Parteien — bei den Wohlfahrts-erwerblosen rechnet man einen Unterstützungsempfänger und 0,6 Angehörige, d. h. im ganzen unterstützten scheinbar gar nicht ins Gewicht fällt, aber tatsächlich für die Finanzen der Städte doch schon sehr ausschlaggebend sein kann. 100 000 Wohlfahrts-erwerblose mehr bedeuten nämlich für die Gemeinden im Laufe eines Jahres eine Mehrausgabe von 53 Millionen Reichsmark, und dieser Betrag ist schon groß genug, um allerhand finanzielle Schwierigkeiten den Städten bereiten zu können. Man muß nun damit rechnen, daß der der Notverordnung und der Reichshilfe zugrunde gelegte Durchschnittsatz von 2,15 Millionen Wohlfahrts-erwerblosen in der nächsten Zeit noch weiter erheblich überschritten wird, da die Gesamtbevölkerung zu beobachten ist, daß der Umfang der Arbeitslosenversicherung und auch der Krankenfürsorge zugunsten der kommunalen Wohlfahrt zurückgeht. Auch die Reichsregierung hat mit dieser Möglichkeit gerechnet, indem sie die Reichshilfe für die Gemeinden von 672 Millionen Reichsmark, die zusammen mit der Juni-Notverordnung festgelegt wurde, nicht als Höchstbetrag betrachtet. Wenn die Frage einer Erweiterung der Reichshilfe akut wird, läßt sich noch nicht übersehen, aber da das Reich diese Gefahr selber berücksichtigt hat, besteht für die Gemeinden kein Anlaß zu Besorgnissen.

Kurze Nachrichten

Reichseinnahmen und -ausgaben. Nach Mitteilung des Reichsfinanzministeriums betragen im ordentlichen Haushalt die Einnahmen im April 1932 (nach Millionen Reichsmark) 629,6, im Mai 631,3, zusammen also 1260,9; die Ausgaben beliefen sich auf 490,9 bzw. 731,3, insgesamt also auf 1222,2. Der aus dem Vorjahr übernommene Fehlbetrag von 1532,3 vermindert sich gemäß der Schuldenliquidation in Ausführung des Gesetzes vom 23. Oktober 1930 um 70,9 auf 1461,3. Das Gesamtdefizit beider Haushaltsjahre einschließlich der aus dem Vorjahr übernommenen Fehlbeträge errechnet sich auf 1869,3.

Vorschläge der deutschen Getreideernte. Nach Durchschnittsschätzungen zu Anfang Juli ist eine Gesamtmenge an Roggen von 7,95 Millionen Tonnen (gegen 6,88 Mill. Tonnen im J. 31), an Weizen von 4,99 Mill. Tonnen (4,23), an Wintergerste von 584 000 Tonnen (507 000), an Sommergerste von 2,60 Mill. Tonnen (2,51) Mill. Tonnen und an Ocker von 6,31 Mill. Tonnen (6,20) Mill. Tonnen zu erwarten.

Neue Vereinbarung über den Sommerreiseverkehr. Zwischen der deutschen und der belgischen Regierung wurde heute in Berlin eine Vereinbarung über den Sommerreiseverkehr getroffen.

Siliosigkeit auf der Abrüstungskonferenz. Aus Genf berichtet man, die Lage auf der Abrüstungskonferenz sei verzworrenere denn je. Die bisherigen Entwürfe enthalten keinerlei praktische, sofort wirksame, uneingeschränkte Abrüstungsmaßnahmen. Bezeichnend ist, daß diese Entwürfe bestimmte Grundforderungen, so z. B. die der Gleichberechtigung, bisher völlig außer acht lassen. Vielmehr trägt man sich mit dem Gedanken, der Konferenz lediglich die Annahme eines Verzeichnisses vorzuschlagen. Die Vertreter der kleineren Mächte haben in einer Vorgesprächung mit Genossen darauf bestanden, daß die vom Hauptausschuß auszuarbeitende Entschlüsselung klar und wesentliche Abrüstungsbedingungen enthält. Auch die latein-amerikanischen Staaten stimmen darin überein, daß konkrete Abrüstungsentschlüsselungen kommen müssen. Nach Havana werden am Montag Verhandlungen zwischen der französischen Delegation und der englischen Delegation stattfinden, während die Arbeiten des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz am Dienstag beginnen werden.

Die Miswirtschaft des Direktoriums Simaitis. In der Sitzung des Memelländischen Landtags kam in der Aussprache über ein Gesetz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zum Ausdruck, daß die Arbeitslosigkeit im Memelgebiet nur deshalb so groß sei, weil Litauer in das Memelgebiet eingewandert seien. Von der Regierung wurde darauf hingewiesen, daß keine Mittel mehr für die Arbeitslosen vorhanden seien. Das Direktorium Simaitis habe sämtliche für diese Zwecke beschafften Gelder ausgegeben.

Badischer Teil

Das Staatsministerium zu den Gewitterschäden im Kaiserstuhlgebiet

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: Der Staatspräsident hat heute an den Landeskommissar in Freiburg folgendes Telegramm gerichtet:

„Das Staatsministerium nimmt aufrichtigen Anteil an dem durch die Naturkatastrophe im Kaiserstuhlgebiet entstandenen Unglück.

Wir ersuchen, dies der heimgesuchten Bevölkerung und den Gemeinden bekannt zu geben und über den entstandenen Schaden zu berichten.

Dr. Schmitt, Staatspräsident.“

Ärztliche Fortbildung

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

„Aus dem soeben der ärztlichen Öffentlichkeit übergebenen Programm des diesjährigen, vom 1. bis 3. August 1932 stattfindenden Lehrgangs auf dem Speyererhof bei Heidelberg geht hervor, daß führende Pharmakologen (wie Heubner, Berlin, früher Heidelberg, Straub, München, Gafner, Tübingen, nach Heidelberg berufen u. a.) Vorträge über die wissenschaftlichen Grundlagen wichtiger Arzneimittel halten werden (wie Salvarsan, Salvarsan, Strophanthin, Jodulin u. a.). In jeden theoretischen Vortrag schließen sich jedesmal Referate Heidelberger und auswärtiger Kliniker über die praktische Anwendung dieser Mittel auf Grund exakter Beobachtungen am Kranken an.“

Die Freiburger Aita-Wahlen

Die für Donnerstag angelegten Aita-Wahlen standen im Zeichen einer Protesthaltung eines Teiles der Studentenschaft. Die katholische, sozialistische, republikanische und die nationalsozialistische Liste zu den Aita-Wahlen nicht zugelassen wurde mit der Begründung, daß diese Liste der Verfassung der Studentenschaft widerspreche. Aus Protest gegen die trotzdem erfolgte Zulassung haben die katholischen, sozialistischen und republikanischen Studenten ihre Wahllisten zurückgezogen und Wahlenthaltung proklamiert. Infolgedessen ergab sich bei den Wahlen folgendes Bild:

Nationalsozialisten 728 (Juli 1932 843), Nationale Studentenschaft 603 (711), Rote Studentengruppe 111 (143), ungültig 78. Die Wahlbeteiligung betrug ungefähr 40 Proz.

Im Hinblick auf die Zwischenfälle bei der letzten Sitzung des alten Aita hat übrigens der Rektor das Abhalten dieser Sitzungen in Univerzitätsräumen bis auf weiteres untersagt.

In die evangelische Landesynode gewählt

Unter den bei den Kirchenwahlen am letzten Sonntag Gewählten befinden sich:

Abgeordnete der Positiven: Landeskirchenrat Bender, Mannheim, Pfarrer Hoff, Mannheim, Pfarrer Jost, Mannheim, Kaufmann Dreylin, Mannheim, Pfarrer Mondon, Karlsruhe, Ministerialrat Dr. Umhauer, Karlsruhe, Oberpostmeister Adolph, Schwetzingen, Forstrat von Geier, Eberbach.

Abgeordnete der Liberalen: Regierungsrat Janger, Mannheim, Pfarrer Fath, Mannheim-Neinheim, Pfarrer Spieh, Pforzheim, Kirchenrat Hesselbacher, Baden-Baden, Oberstaatsanwalt Figer, Freiburg, Präsident des Badischen Einzelhandels Kaufmann Wilsch, Karlsruhe, Pfarrer Paret, Eberbach.

Abgeordnete der religiösen Sozialisten: Direktor Dr. Dietrich, Mannheim, Jugendpfleger Köfinger, Mannheim, Schlosser Höber, Mannheim, Pfarrer Loew, Karlsruhe, Pfarrer Kappes, Karlsruhe.

Abgeordnete der kirchlichen Vereinigung für positives Christentum: Krankenhauspfarrer Kiefer, Mannheim, Gesandter a. D. Freiherr von Neichenau auf Schloß Rotenberg bei Wiesloch, Pfarrer Boges, Egenheim, Pfarrer Köpfer, Jochenheim, Stadt-oberbaumeister Dr. Dommer, Karlsruhe.

Unter den Führern der kirchlichen Richtungen lehren die beiden bisherigen Vertreter der Liberalen in der Kirchenregierung, Stefan Holbermann, Kötten, der auf seine Wieder-aufstellung verzichtet hatte, und Geheimat Dr. Bauer, Heidelberg, in die Landesynode nicht mehr zurück.

Vor der Wiederaufnahme der Schlußarbeiten

Nach sechswöchiger Streikdauer am Schluchsee ist am gestrigen Donnerstag vor dem Landesgericht für Südbadische Land eine Entscheidung gefällt worden, die bestimmt, daß am Montag, den 18. Juli die Arbeit wieder aufgenommen werden muß. Mit den Vorbereitungsarbeiten ist unverzüglich zu beginnen. Die Einstellung erfolgt nach Maßgabe der betriebstechnischen Möglichkeiten. Vom Tag der Arbeitsaufnahme bis zum 2. August 1932 werden 6 Wp. und von diesem Zeitpunkt an für weitere 8 Wochen 3 Wp. je Arbeitsunfall zusätzlich gewährt. Damit dürfte auch dieser Konflikt sein Ende gefunden haben.

Ein badischer Wander-Werbe-Zirkus für Luftfahrt

Gleich wie der Deutsche Luftfahrtverband zu Werbezwecken in Norddeutschland einen sogenannten Wanderzirkus mit Segelflugzeugen zum Vorführen von Flugland-, Hochschlepp-, Schul- und Segelflugen im Lande herumreisen läßt, hat sich der Badische Segelfliegerverband nun ebenfalls entschlossen, während der Schulferien im August und September dieses Jahres eine Badische Segelflug-Expedition auf die Wege zu bringen. Die Expedition hat die Aufgabe, in allen größeren badischen Städten, in denen bereits Segelfliegergruppen bestehen und in der Bildung begriffen sind, Hochschleppvorführungen mit dazu eigens mitgeführten Segelflugzeugen hinter Autoschleppwagen zu zeigen, um so der Allgemeinheit ein Bild vom Stande der Badischen Segelflugschulung nach den neueren Methoden zu zeigen.

Die Ferienmannschaft wird dem Badisch-Pfälzischen Luftfahrtverein in Mannheim entnommen, die dazu besonders geprüfte und geschulte Piloten, Sportzeugen, Spezialschleppgerät und Autoschleppwagen stellt. Die Expedition wird sich auf Privatunterbringung einrichten und keine Vereinnahmungen aus Flugvorführungen erhalten, wobei Spenden herzlich willkommen sein werden. Zweck der Vorführung wird sein, die Badische Segelflugschulung vom Gelände unabhängig zu machen und die Fluglandschulung auf beliebigen Gelände einzuführen, um damit die Segelflugbewegung stärker als bisher zu entwickeln. Ende August treffen sich die Badischen Segelfliegergruppen abermals auf dem Feldberg, um bei besseren Windverhältnissen die ausgesetzten Preise aus dem 1. Badischen Segelflugwettbewerb am Pfingsten möglichst zu erklimmen. Die meteorologischen Voraussetzungen sind, wie die Erfahrung lehrt, im Hochsommer wesentlich besser, als es am Pfingsten der Fall war, so daß zu hoffen ist, größere Flugleistungen in Baden zu erleben. Mit der Teilnahme der größeren Gruppen an der Flugwoche ist bestimmt zu rechnen. Die vorgenannte Expedition wird ebenfalls auf dem Feldberg anwesend sein und in den Sportbetrieb eingreifen.

Aus den Parteien

Die soeben veröffentlichte Kandidatenliste der Deutschen Volkspartei Badens für die Reichstagswahl verzeichnet folgende Spitzenkandidaten: 1. Rechtsanwalt Dr. Japp, Heidelberg, 2. Landwirt Heinrich Wigner, Brühl b. Mannheim, und 3. Professor Dr. Lothar Kiefer, Offenburg.

Der Offenburger Vorschlag abgelehnt. Der Stadtrat Offenburger hat den nach der Vornahme einer Reihe von Abstrichen und außerordentlichen Kürzungen in Einnahmen und Ausgaben mit 2 956 300 M anschließenden Vorschlag mit allen gegen die zwei Stimmen der Bürgermeister abgelehnt. Durch Umlage ist ein Betrag von 515 760 M aufzubringen. Der Oberbürgermeister erklärte, daß er gemäß Artikel 6 Absatz 1 der badischen Haushaltsnotverordnung vom 9. Oktober 1931 den Vorschlag für 1932 nunmehr in Kraft setzen werde.

Wohlschmecker und reich für den Sommer. Anregungen für gesunde, fleischlose Mahlzeiten ohne viel Kocherei bei reichlicher Abwechslung. 125 Einzel- und viele Grundrezepte. Von Dr. E. Nahe und Maria Kirchgänger. (Steif kartoniert. 9.—11. Taubenz. 1 M. R. Zienemanns Verlag, Stuttgart.) — Das kleine Buch gibt ein ganz klares Bild von lauter gesunden, erfrischenden Sommergerichten, so daß es nicht mehr schwer fällt, selbst in der heißen Jahreszeit den Tisch mit appetitanregenden Speisen zu füllen.

Die Unwetter in Baden

In Mittelbaden

Zu den Orten, die das Unwetter heimgesucht hat, gehört auch Pforzheim. Schlimmer als die Schäden, die durch die abfließenden Güsse verursacht wurden, sind die Verheerungen, die der Sturm und die Regenschauer angerichtet haben. Bäume wurden geknickt und entwurzelt. Getreidefelder liegen wie gewalzt am Boden. Auch die Haffrüchte haben gelitten, doch ist der Schaden hier nicht so groß wie beim Getreide. Das Unwetter hat über eine Stunde gedauert.

Aber das Unwetter, das am Mittwochabend auch das mittelbadische Gebiet heimgesucht, liegen aus den einzelnen Orten Berichte vor, die Aufschluß geben über die verheerenden Wirkungen des niedergegangenen Wolkenbruchs. Auch der Rheinwald steht größtenteils unter Wasser. Großer Schaden wurde auch in den Feldern angerichtet. Das Getreide liegt am Boden, teils sind die Halme geknickt. Sehr gefährlich haufte das Unwetter auf der Höhe. Der Blitz schlug in den Wäldern mehrmals ein und zerplitterte viele Tannen. 30 Meter vom Kurhaus entfernt, zerplitterte der Blitz eine mächtige Tanne, deren Splitter bis zum Kurhaus geschleudert wurden. Einige Minuten vorher waren etwa 30 Schulkinder, die sich auf einem Schulausflug befanden, in das Kurhaus geflüchtet. Die Kinder kamen so mit dem Schrecken davon.

Das Unwetter hatte auch an den Gleisanlagen der Reichsbahn Schaden angerichtet. Die Abendzüge nach Appenweier und Oppenau konnten infolge großer Überschwemmungen der Gleise und umliegenden Felder zwischen Hubader und Oppenau nicht verkehren. An einer Stelle war der Bahnhöfen schon etwas unterwühlt. Der letzte Zug ab Oberkirch gegen 11 Uhr konnte aber wieder fahplanmäßig verkehren.

Im Kaiserstuhlgebiet

Rings um den Kaiserstuhl liegen die Felder, wie gemäht danieder. Das Getreide ist in dreifels Höhe über dem Boden geknickt und der Regen hat die Ähren überflammt. Kartoffel- und Rübenfelder sind nur noch ein Meer von Schlamm. Die Ernte dürfte kaum noch zu retten sein. Gleich hinter Hringen kommt man in das Gebiet der Wirbelsturm- und Sturmtrophe. Stellenweise hat der Sturm auf einer Anpflanzung zwanzig und mehr Obstbäume abgeknickt. Aber all das ist noch nichts gegen die Verwüstungen, die er in Breisach selbst, insbesondere an der Westseite am Rheinufer und oben auf dem Münsterplatz, sowie am Münster und auf dem Friedhof angerichtet hat. Das Münsterdach ist besonders auf der Südseite stark mitgenommen worden. Die Ziegel sind einige fünfzig bis hundert Meter weit geflogen und in kleine und kleinste Stücke zerschellt, bedecken sie den Münsterplatz und die angrenzenden Straßen. Die schönen alten Bäume des Münsterplatzes sind fast zur Hälfte vernichtet worden. Sie versterben an der Südseite den Rundgang ums Münster. Von oben her blickt man auf ein Meer von Verheerungen in den Rheinwaldungen und den oberen Straßen. Der Rheinwald sieht wie zusammengeschossen aus, ein Bild trostloser Verwüstung. Auch der alte Breisacher Friedhof mit seinem prächtigen Baumbestand ist in die Mühle dieses Sturmes geraten. Der angerichtete Schaden dürfte in die Millionen gehen, wenn man bedenkt, daß man kurz vor der Ernte stand. In vielen Weinorten, in denen erst vor zwei Jahren viele Reben dem Frost zum Opfer fielen, ist jetzt die Fortsorgung so groß, daß mit dem Ansehen neuer Reben wohl erst in drei bis vier Jahren zu rechnen ist. Wenn die badische Regierung keine Hilfsaktion einleitet, werden unzählige Ortshäuser des Kaiserstuhls einer Not ausgeliefert sein, die zur Katastrophe führen kann.

Aus Oberbaden und dem Schwarzwald

Kommen gleichfalls Meldungen über erhebliche Unwetterschäden. In den Ortschaften von Hinterzillingen, namentlich in Oberebach, Fischbach und anderen Nachbarorten, wurden die Frucht niedergewalzt und die Kartoffeln, Gartengewächse und Bäume stark mitgenommen. Die Eschach und andere Bäche führten ein Hochwasser, wie schon seit vielen Jahren nicht mehr. Vieles Heu wurde von den Wiesen weggeschwemmt, wie überhaupt durch die vielen Gewitter der letzten Zeit die immer noch nicht beendete Heuernte im Schwarzwald stark beeinträchtigt wird.

Die Zentrumsfraktion des Badischen Landtags hat folgende kurze Anfrage an die Regierung gerichtet: „Ist der Regierung bekannt, daß durch Hagel- und Unwetterschäden in den verschiedensten Gegenden des Landes, insbesondere am Kaiserstuhl, die Bevölkerung in große Not geraten ist? Was denkt die Regierung zu tun, um nach Kräften dieser Notlage entgegenzutreten? Schriftliche Antwort genügt.“

Aus der Landeshauptstadt

Helft den Krebskranken! Die Karlsruher Banken und Geldinstitute haben sich aus Anlaß der öffentlichen Geldsammlung „Helft den Krebskranken!“ in anerkannter Weise bereit erklärt, Geldspenden für diese Kranken entgegenzunehmen.

Die Zweihundertjahrfeier der Herrenhuter Brudermission wird in besonderer Weise am 21. August in der badischen Niederlassung der Brudergemeine in Königsfeld begangen werden. In Karlsruhe wird schon am kommenden Sonntag des Herrenhuter Missionsjubiläums gedacht durch einen Festgottesdienst in der Lutherkirche, bei dem Bischof D. Jenzen, Königsfeld, die Predigt hält, und eine auf nachmittags 3 Uhr anberaumte Zusammenkunft aller Freunde der Herrenhuter Mission im Stadtmissionsheim „Grüner Hof“.

Sängerkaravane durch Baden. Im Anschluß an das in der Zeit vom 21. bis 24. Juli in Frankfurt (Main) stattfindende XI. Deutsche Sängerkongress finden zahlreiche Sängerkaravanten statt. Eine größere Sängergemeinde von rund 400 Teilnehmern aus allen deutschen Gauen wird dabei den Schwarzwald besuchen. Die Fahrt geht über die Bergstraße—Heidelberg—Karlsruhe nach Baden-Baden und von dort am zweiten Tage über Freiburg und das Hölental zum Feldberg, um am dritten Tage in Konstanz ihren Abschluß zu erreichen. Die Rückfahrt erfolgt über Radolfzell—Sigmaringen—Reutlingen—Stuttgart nach Frankfurt. Die Fahrt beginnt am 26. und endet am 29. Juli.

Mehrfarbige Reliefkarte von Baden. Ein interessantes neues Informationsmittel für den Besucher Badens, der zu längerem oder kürzerem Aufenthalt, auf Reisen, Autofahrten oder Wanderungen die schöne Landschaft im deutschen Südbaden aufsucht, hat der Badische Verkehrsverband in seiner mehrfarbigen Reliefkarte für den Handgebrauch herausgegeben (Größe 75/50 Zentimeter). Die Karte gibt eine Übersicht über das ganze Land mit den benachbarten Gebieten der Pfalz, Hessens und Württembergs in einer Darstellungsart, welche die Anschaulichkeit des Reliefs mit der Genauigkeit einer Landkarte angenehm verbindet. Die eingezeichneten Verkehrswege der Bahnen und Autostraßen ergeben mit der plastisch guten Darstellung der geographischen Verhältnisse des Landes ein übersichtliches und klares Bild. Die neue Karte und Touristenkarte ist im handlichen Taschenformat vom Badischen Verkehrsverband, Karlsruhe, Karlstr. 10 (Postfach) Nr. 4422, (Amt Karlsruhe), zum Preis von 60 Pf. franko erhältlich.

Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus. Der Spielplan bringt auch heute Abend eine Wiederholung der Operette „Gräfin Mariza“, deren Aufführung jedesmal neue Begeisterung auslöst. Die Vorstellung beginnt 20 Uhr (Vergleiche die Anzeige).

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Freitagmorgen: Die Wetterlage über Europa zeigt wenig Änderung: Eine Störung liegt über Westpolen, die andere vor der französischen Küste, während wir uns am Osthänge einer schwachen Druckausbuchtung zwischen den beiden Störungen befinden. Auch morgen wird die bestehende Bitterung andauern. — Voraussage: Fortdauer der mäßig kühlen, überwiegend wolfigen Bitterung, vereinzelt meist unbedeutende Niederschläge.

Wasserstände: Badshut 428 plus 20, Basel 227 plus 12, Schusterinsel 300 plus 12, Rheinweiler 72 plus 14, Kehl 431 minus 9, Maxau 648 minus 7, Mannheim 581 minus 4, Caub über 200 Jtm.

Kurze Nachrichten aus Baden

D3. Mannheim, 15. Juli. Auch zum 1. Juli waren in Mannheim wieder zahlreiche Umzüge zu verzeichnen gewesen und bereits melden sich bei den großen Baugesellschaften in größerer Zahl Mieter, die zum 1. Oktober umziehen wollen. Die Nachfrage erstreckt sich vor allem auf Wohnungen bis zur Kreisgröße von 75 bis 80 RM., während Wohnungen über dieser Preisgrenze schwer vermietbar sind, und oft monatelang leer stehen. Die meisten Mieter kommen aus größeren Wohnungen und wollen sich verkleinern.

Hd. Mannheim, 14. Juli. Im Alter von 54 Jahren ist hier Direktor Gustav Thieme von der Daimler-Benz AG. gestorben. Er stand seit 32 Jahren im Dienst der Firma und hat als junger Kontorist von der Pike auf gedient. Unter Carl Benz wurde er Abteilungsleiter und Buchhaltungsvorstand und nach deren Fusion mit Daimler mit Spezialaufgaben betraut, nach deren Beendigung er zum leitenden Direktor des Mannheimer Werkes berufen wurde. Thieme erfreute sich bei Vorgesetzten und Mitarbeitern als Mensch größter Beliebtheit.

D3. Siegelbach (bei Eppingen), 14. Juli. Zu Grabe getragen wurde Altbürgermeister Georg Wagenbach, der von 1906 bis 1917 das Amt des Gemeindevorstandes bekleidete.

Hd. Mastatt, 14. Juli. Nach dem Polizeibericht kam es am Mittwochabend auf der Kaiserstraße vor dem „Löwen“ während eines Propagandamarsches der KPD zu kommunistischen Störungsversuchen, die von der Polizei zerstreut wurden. Dabei wurden zwei Kommunisten festgenommen, von denen der eine ein feststehendes Messer bei sich trug. Im Laufe des Abends überfiel ein kommunistischer Trupp in einer Wirtschaft mehrere dort als Gäste anwesende SA-Leute, wobei mehrere Nationalsozialisten verletzt wurden. Die Polizei verhaftete vier der Missetäter, die sich wegen vorläufiger Körperverletzung zu verantworten haben werden.

D3. Baden-Baden, 14. Juli. Anlässlich eines nationalsozialistischen Umzuges nach einer Versammlung kam es heute Abend hier zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und politisch Einflügelten. Dabei wurde ein Nationalsozialist durch Messerstich am Gefäß verletzt. Die Polizei zerstreute die Streitenden und stellte die Ruhe wieder her. Drei Personen wurden festgenommen.

Hd. Oberkirch, 14. Juli. In Stadelhofen wurde durch den Bezirkspolizeikommissar und ein Aufgebot von Zollbeamten eine Geheimbrennerei ausgedöhnt, die in vollem Betrieb war. Eine Person wurde verhaftet.

D3. Ronnenweier (Amt Badr), 15. Juli. Die Mühle des Wilhelm Rubin, eine der größten im Lahrer Bezirk, wurde gestern Abend zum größten Teil ein Raub der Flammen. Der Schaden ist sehr groß, da auch die gesamte moderne Mühlen-einrichtung verbrannt ist. Während des Brandes in Ronnenweier machte sich der Reisende Gustav Deusch aus Langenwinkel bei Badr auf den Weg zur Brandstätte. Dabei fuhr er mit seinem Motorrad auf einen Wagen auf und erlitt eine so schwere Quetschung der Schlagader und Luftröhre, daß er gestorben ist. Er hinterläßt Frau und Tochter.

D3. Furtwangen, 15. Juli. Der Gründer der Buchdruckerei Uttenweiler und der Verleger der „Furtwanger Nachrichten“, Andreas Uttenweiler, vollendete in voller körperlicher und geistiger Rüstigkeit sein 75. Lebensjahr.

EM. Salem, 14. Juli. Die Markgräfin Berthold von Baden wurde heute Abend auf Schloß Salem von einer Tochter entbunden.

Heidelberg legt städtischen Regiebetrieb still. Der Stadtrat hat beschlossen, daß ab 1. August die Holzwerkstätte der Heidelberger Holzindustrie AG. stillgelegt wird. Die Stadt hatte nach dem Kriege diese Gesellschaft zur besseren Ausnutzung der Holzbestände im Stadtwald gegründet. Später wurden auch andere Arbeiten des Schreiner- und Holzgewerbes ausgeführt, was scharfe Angriffe seitens des Heidelberger Handwerks zur Folge hatte. Die Gesellschaft, die unter der Leitung des ehemaligen Stadtrats und jetzigen Innenministers Emil Maier stand, hat zuletzt mit Verlust gearbeitet. Über die Durchführung der Stilllegung, die ebenfalls durch die Gesellschaft ausgeführt wurde, soll noch beschlossen werden.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

(Amtlich)

	15. Juli		14. Juli	
	Geld	Mark	Geld	Mark
Amsterdam 100 G.	169.93	170.27	169.93	170.27
Kopenhagen 100 Kr.	80.82	80.98	80.92	81.08
Italien . . . 100 L.	21.15	21.55	21.50	21.54
London . . . 1 Pf.	14.925	14.965	14.93	14.97
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.51	16.55	16.51	16.55
Schweiz . . . 100 Fr.	81.94	82.10	81.94	82.10
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Prag . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Der Londoner Feingoldpreis

Nach einer Bekanntmachung der Reichsbank (Statist. Abteilung) vom 13. Juli 1932 beträgt der Londoner Goldpreis am 13. Juli 1932 für eine Unze Feingold 116 sh 1 d, in deutsche Währung nach dem Berliner Mittelfuß für ein englisches Pfund vom 13. Juli 1932 mit 14,965 RM. umgerechnet 86,8593 RM., für ein Gramm Feingold demnach 44,7859 pence, in deutsche Währung umgerechnet 2,79259 RM.

Grüner-Ravier AG, Durlach. In der Generalversammlung wurden die Regularien erledigt, die Vorschläge des Vorstandes und Aufsichtsrates genehmigt und Entlastung erteilt. Der Aufsichtsrat wurde neu gewählt und hat in seiner Zusammensetzung eine geringe Änderung erfahren.

**Staatsanzeiger
Personeller Teil**

Ernennungen, Versetzungen, Zuruücksetzungen usw.

der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Justizministeriums:

Ernannt:

Gerichtsvorwarter Richard Müller beim Amtsgericht Karlsruhe zum Justizoberinspektor, die Justizassistenten Karl Martin bei der Staatsanwaltschaft Konstanz und Otto Fahrbach beim Notariat Kaubersbachshaus zum Justizsekretären, Kanzleiasistent Gustav Müller beim Notariat Gernsbühl, die Justizaktuale Karl Joner beim Amtsgericht Wehrkirch und Alfons Gamber beim Landgericht Badshut zum Justizassistenten.

Gestorben:

Gerichtsvorwarter Friedrich Kientz beim Amtsgericht Schwetzingen.

Finanzoberinspektor Karl Scherer bei der Landeshauptkasse.



Badisches Landestheater

Sommer-Operette

im Städt. Konzerthaus

Samstag, den 16. Juli 1932

Zum erstenmal

Die Dollarprinzessin

Operette von U. R. Willner

und F. Grünbaum

Musik von Leo Fall

Dirigent: Pfeiffer

Regie: Reizner

Mitwirkende:
Käser, Bauer, Schönthaler,
Eberl, Loriff, Rader,
Schwarz, Schmitz, Steber,
Wehner, S. Ribinius

Anfang 20 Ende geg. 23

Preise 1-3 RM.

So. 17. 7. Gräfin Mariza.

Triebberg. S. 60

Bereinsregistereintrag:

Kranenverein Ruffbad/

Schwarzwaldbahn. Die Satzung ist am 12. Juni 1932

errichtet.

Triebberg, 12. Juli 1932.

Amtsgericht.

9 *Quintessenzen*
mündlich zu Rimbö

In 2½ Jahren zahlte
d. Bad. Landesverband z. Bekämpfung des Krebses
637 Kranken rund 80000 RM. Zuschuß zur
Behandlung und beschaffte außerdem
für 175000 RM. Radium zur Bestrahlung

Seine Einnahmen gehen zurück - die Zahl der Krebskranken
steigt! Darum

hilft den Krebskranken!

Gibt zur Sammlung
17. bis 24. Juli

Bezirksparkasse Zell i. W.

(Öffentliche Verbandsparkasse)

Bilanz auf 31. Dezember 1931

Vermögen:	RM	Verbindlichkeiten:	RM
1. Kasse	22 946,26	1. Spareinlagen	1 092 447,94
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen u. Post- scheckamt	37 466,61	2. Aufwertungspar- einlagen	265 349,99
3. Wechsel	14 603,53	3. Giro- und Kontokorrent- einlagen	192 621,67
4. Darlehen auf Hypo- theken	778 135,54	4. Anlehenskapitalien	116 610,29
5. Darlehen in lfd. Rech- nung	498 809,26	5. Gefehllicher Reservefonds	115 304,20
6. Darlehen auf Schuld- scheine	103 961,90	6. Rücklagen für dubiose Aufw.-forderungen	19 806,44
7. Darlehen an Ge- meinden	42 824,34	7. Reingewinn vom Jahre 1931	14 342,37
8. Aufwertungsforde- rungen	260 042,33		
9. Einnahmerückstände	56 694,15		
10. Grundstücke und Ge- bäude	1 000,—		
11. Gerätschaften	1,—		
	1 816 484,90		1 816 484,90

Berechnung der Rücklage

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 1 550 419,60 RM. Einlagen . . . = 124 033,56 RM.
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1931 . . . 129 646,57 RM.
Somit mehr 5 613,01 RM.

Zell i. Wiesental, den 30. Juni 1932.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:
Sütterle, stellvert. Bürgermeister.

Der Geschäftsführer:
Ritz, Direktor.

Auslosung von Auslosungsrechten der Ablösungsanleihe der Stadt Pforzheim

Bei der am 8. Juli 1932 erfolgten siebten Auslosung der für das Jahr 1932, zur Rückzahlung kommenden Auslosungsrechte der Ablösungsanleihe der Stadt Pforzheim wurden folgende Auslosungsscheine gezogen:

Buchstabe A, 32 Stück, Nennwert 500 RM.:

Nr. 16, 61, 99, 165, 193, 226, 253, 292, 312, 350, 376, 391, 414, 434, 449, 461, 490, 520, 543, 574, 619, 654, 681, 707, 728, 752, 780, 802, 819, 865, 903, 937.

Buchstabe B, 28 Stück, Nennwert 200 RM.:

Nr. 15, 27, 57, 101, 122, 132, 164, 173, 198, 213, 277, 309, 324, 355, 385, 390, 415, 439, 444, 470, 480, 518, 553, 554, 608, 635, 686, 699.

Buchstabe C, 37 Stück, Nennwert 100 RM.:

Nr. 19, 37, 62, 92, 114, 118, 164, 204, 215, 306, 307, 333, 349, 353, 373, 410, 417, 484, 514, 524, 525, 565, 591, 601, 628, 631, 652, 676, 698, 754, 803, 833, 900, 969, 1148, 1166, 1197.

Buchstabe D, 94 Stück, Nennwert 50 RM.:

Nr. 13, 67, 74, 115, 149, 155, 239, 262, 314, 317, 359, 387, 490, 499, 543, 608, 615, 642, 643, 692, 741, 752, 765, 791, 827, 860, 864, 867, 881, 894, 907, 914, 927, 965, 978, 995, 1010, 1053, 1063, 1071, 1086, 1092, 1107, 1127, 1134, 1186, 1198, 1252, 1276, 1326, 1356, 1362, 1372, 1384, 1418, 1439, 1463, 1500, 1595, 1622, 1642, 1673, 1675, 1710, 1759, 1789, 1808, 1828, 1906, 1961, 1986, 2014, 2036, 2066, 2099, 2100, 2189, 2216, 2235, 2236, 2257, 2283, 2312, 2333, 2348, 2385, 2448, 2468, 2631, 2669, 2717, 2768, 2939, 2988.

Buchstabe E, 152 Stück, Nennwert 25 RM.:

Nr. 30, 52, 73, 107, 141, 163, 182, 208, 259, 262, 290, 302, 394, 416, 460, 492, 522, 558, 589, 621, 647, 666, 747, 770, 782, 798, 872, 903, 925, 994, 1044, 1080, 1101, 1123, 1205, 1247, 1302, 1421, 1443, 1490, 1578, 1585, 1620, 1657, 1686, 1741, 1768, 1803, 1857, 1885, 1958, 1959, 2014, 2042, 2073, 2074, 2113, 2147, 2167, 2200, 2211, 2240, 2304, 2312, 2344, 2371, 2412, 2419, 2451, 2586, 2589, 2631, 2659, 2662, 2665, 2683, 2707, 2736, 2777, 2817, 2829, 2851, 2853, 2883, 2916, 2935, 2956, 2991, 3001, 3026, 3034, 3072, 3085, 3130, 3148, 3182, 3211, 3246, 3277, 3286, 3323, 3368, 3380, 3421, 3462, 3499, 3541, 3592, 3595, 3596, 3603, 3609, 3631, 3642, 3648, 3701, 3708, 3727, 3744, 3748, 3752, 3776, 3779, 3804, 3824, 3865, 3884, 3888, 3926, 3937, 3970, 3978, 4000, 4018, 4060, 4112, 4166, 4222, 4243, 4272, 4284, 4308, 4356, 4358, 4363, 4382, 4387, 4415, 4418, 4466, 4470, 4482.

Buchstabe F, 126 Stück, Nennwert 12,50 RM.:

Nr. 18, 60, 114, 139, 154, 155, 189, 218, 231, 237, 268, 300, 332, 358, 385, 404, 421, 444, 503, 529, 537, 578, 605, 640, 675, 695, 716, 725, 726, 766, 788, 804, 830, 835, 836, 872, 898, 918, 957, 973, 993, 999, 1004, 1034, 1074, 1076, 1080, 1088, 1130, 1173, 1192, 1206, 1221, 1255, 1283, 1300, 1336, 1381, 1405, 1436, 1489, 1520, 1544, 1635, 1670, 1685, 1717, 1753, 1812, 1861, 1899, 1931, 1942, 1974, 2022, 2032, 2053, 2110, 2160, 2217, 2230, 2258, 2320, 2330, 2341, 2359, 2392, 2444, 2457, 2483, 2566, 2602, 2631, 2666, 2683, 2711, 2743, 2793, 2795, 2906, 2920, 2952, 3044, 3049, 3080, 3127, 3130, 3176, 3195, 3210, 3256, 3257, 3309, 3323, 3349, 3382, 3384, 3424, 3451, 3456, 3481, 3493, 3509, 3513, 3514, 3524.

Die für das Jahr 1932 gezogenen Auslosungsrechte werden mit dem fachen Betrag ihres Nennwerts zurückbezahlt. Die gesetzlichen Zinsen mit jährlich 5 v. H. für die Zeit vom 1. Januar 1926 bis 31. Dezember 1932 betragen zusammen 35 v. H. aus dem Einlösungsbetrag. Kapital und Zinsen können vom 2. Januar 1933 ab bei der Stadthauptkasse Pforzheim gegen Rückgabe des Auslosungsscheines und eine Ablösungsanleihe im gleichen Nennwert erhoben werden.

Von den bei früheren Auslosungen gezogenen Stücken sind noch nicht eingelöst:

Buchstabe B, Nennwert 200 RM.:

Nr. 330, 364, 423.

Buchstabe C, Nennwert 100 RM.:

Nr. 330, 374, 419, 889, 947.

Buchstabe D, Nennwert 50 RM.:

Nr. 436, 554, 820, 945, 1126, 1171, 1182, 1294, 1522, 1602, 1695, 1908, 2168, 2207, 2424, 2651, 2677, 2747.

Buchstabe E, Nennwert 25 RM.:

Nr. 178, 676, 877, 1110, 1201, 1218, 1252, 1282, 1288, 1290, 1293, 1294, 1299, 1337, 1382, 1556, 1667, 1672, 1678, 1674, 1679, 1715, 1716, 1751, 2029, 2562, 2569, 2575, 2774, 2796, 2930, 2937, 3100, 3193, 3483, 3500, 3601, 3763, 4217, 4324, 4346, 4379, 4395, 4459, 4488.

Buchstabe F, Nennwert 12,50 RM.:

Nr. 377, 414, 742, 753, 776, 805, 842, 920, 1016, 1046, 1125, 1166, 1178, 1212, 1217, 1220, 1239, 1260, 1395, 1412, 1428, 1432, 1475, 1589, 1677, 1968, 2058, 2076, 2178, 2182, 2289, 2386, 2407, 2468, 2484, 2546, 2701, 2770, 2928, 2930, 2954.

Pforzheim, den 9. Juli 1932.

Der Oberbürgermeister.

Badische Bank

Mannheim — Karlsruhe

Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen

Druck G. Braun, Karlsruhe